

Politische Rundschau

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Schweizer Monatshefte : Zeitschrift für Politik, Wirtschaft, Kultur**

Band (Jahr): **25 (1945-1946)**

Heft 6

PDF erstellt am: **12.07.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

bedeutete den Tod und zugleich die Gewinnung eines ungeheuren Zieles: Rilke wollte den «Dunklen», wie er Gott nannte, im Lichte schaubar machen. Nietzsche gedachte seinen «unbekannten Gott» mit Haß und Hohn zu überwinden. Hölderlin träumte davon, das Reich Gottes als Reich der Schönheit und des Maßes auf Erden zu errichten, und Heinrich von Kleist opferte sich dem Versuch, das göttlich-tragische Weltgesetz deutend zu gestalten. Damit wagten sie alle, Griff und Blick nach Gottes Herz zu tun und sich also dem Tode zu weihen. Der letzte Preis wurde so bezahlt und es war nun wohl möglich, daß die Dichter dies Herz — gleichsam die Mitte des Alls — in Händen hielten und seine Wunder gewahrten. Die Kraft aber im dichterischen Wort davon zu künden, besaßen sie nicht mehr. Sie waren geblendet, verglüht, zerbrochen, vom Übermaß ihres Geistes in den Wahnsinn getrieben.

Wenn aber ein gütiges Geschick einen der Dichter vor der Umnachtung bewahrte, so versagt seine Sprache doch überall dort, wo sie zu Gottes Innrem vorzustößen sucht: sie beginnt alsdann zu stammeln und zu stöhnen und scheint mir eher ein sprachliches Schlachtfeld zu sein als der dichterische Ausdruck des erlebten Wesens Gottes.

Gott indes hat diese Größten — und mit ihnen die Zunft der Dichter überhaupt — besonders geheiligt und mit besonderer Würde versehen, weil sie ihre Liebe zu ihm mit dem geistigen Tode zu bezahlen hatten. Diese besondere Heiligung und Würde aber, diese Krönung heroischen Lebens offenbart sich uns am sichtbarsten in jenem göttlichen Gesetz, dem Hölderlin die Worte gab:

Was aber bleibt, stiften die Dichter.

★ Politische Rundschau ★

Zur Lage

Eines der wesentlichen Ereignisse in unserer Berichtsperiode war zweifellos die *amerikanisch-britische Intervention auf dem Balkan*, die wohl letzten Endes irgendwie in Beziehung mit der Erfindung der Atombombe geschah. Der erste Eingriff erfolgte um den 20. August in *Bulgarien*, wo die von den Kommunisten beherrschte Regierung sich entschließen mußte, den seit langem erhobenen Forderungen ihrer Opposition nachzugeben und in eine Verschiebung der Wahlen einzuwilligen. Zum gleichen Zeitpunkt erfolgte in *Belgrad* der Rücktritt des Vizepräsidenten der

jugoslawischen Regierung, Grol, der sich in einer Erklärung gegen die Maßnahmen seines kommunistischen Staatsführers, also des Marschalls Tito, wandte. Und dann dauerte es gerade drei Tage, da vernahm die Welt von dem überraschenden Ersuchen des Königs Michael von Rumänien an die Westmächte und die Sowjetunion, sie möchten ihm bei der Bildung einer neuen rumänischen Regierung behilflich sein. Tatsächlich richtete sich dieses Ersuchen gegen die letztgenannte Macht, von welcher der König eben erst noch mit einem hohen Orden ausgezeichnet worden war. Nun ist seit diesen Demarchen ein Monat vergangen. Und soweit sich die Lage heute überblicken läßt, wird man nicht — oder zum mindesten: noch nicht — sagen können, es sei dabei für die Westmächte viel herausgekommen. Was Rumänien betrifft, schon gar nicht. Wer weiß — vielleicht war das auch gar nicht eigentlich beabsichtigt; es ließe sich denken, daß Präsident Truman es für nötig empfand, der immer unruhiger werdenden öffentlichen Meinung seines Landes eine Aktion zu bieten, von der er sich selbst auf die Dauer wohl nicht viel versprechen konnte, — oder daß es sich für die beiden Westmächte darum handelte, sich ein Tauschobjekt für die Londoner Konferenz der Außenminister zu verschaffen. Denn ernstlich wird sich doch wohl der Einfluß Rußlands, und zwar im Sinne einer ganz überwiegenden Bestimmung, aus diesen Bereichen nicht ausschalten lassen, — auch nicht durch die rein virtuelle Drohung mit der Atombombe. Auch wird gerade die britische Regierung auf die Dauer kaum ein eigentliches Interesse daran haben, sich allzusehr in die russischen Zonen vorzuschieben, weil dadurch sofort ein russisches Streben nach Kompensation geweckt würde. Etwas ähnliches hatte wohl die britische Zeitschrift «New Statesman» im Sinn, als sie zum britischen Anteil an diesen Interventionen schrieb:

«War es wirklich notwendig, daß wir uns mit dem amerikanischen Protest gegen die Vorgänge in Bulgarien und Rumänien identifizierten, mußten wir wirklich Mr. Byrnes den Rang ablaufen in seinem formalistischen Festhalten an der parlamentarischen Demokratie als Universalheilmittel? In Rumänien und Bulgarien ist es nicht viel besser als Heuchelei, überhaupt von einer Wiederherstellung parlamentarischen Regierens zu sprechen. Diese Länder haben überhaupt nie eine parlamentarische Regierungsform gekannt, oder auch nur Rechtssicherheit und bürgerliche Freiheiten.»

Diese Kritik erfolgte übrigens im Anschluß an die Rede des neuen britischen Außenministers Bevin im Unterhaus, die von der Linken — die Zeitschrift gehört dazu — stark kritisiert worden war.

Und tatsächlich erhebt sich der Eindruck einer stärkeren *Abhängigkeit der britischen Politik von den Vereinigten Staaten*, seitdem die Labourregierung am Ruder ist. Um dieselbe Zeit war nämlich die brüske *Aufhebung der Leih- und Pachtlieferungen* seitens der U.S.A. erfolgt, und es ist sicher, daß die Labourregierung erheblich mehr Mühe haben wird, ihre Auswirkungen ohne allzu starke Einbuße an britischen Positionen zu mildern, als eine Regierung unter Churchill sie hätte. Vielleicht wäre die Aufhebung der Lieferungen in diesem Fall überhaupt nicht in solcher Weise erfolgt. Unter den jetzigen Verhältnissen ist jedenfalls weder die Überbrückung noch die Regelung auf lange Sicht für England ohne beträchtliche Konzessionen erreichbar, schon wegen der republikanischen Opposition im Kongreß, und die Labourregierung wird gewisse Zusicherungen struktureller Natur zweifellos geben müssen. Und am Ende wird das auch seine Rückwirkungen auf den allgemeinen Status Europas haben.

Ohne eine gewisse Besorgnis wird der europäische Beobachter dieser Entwicklung sicher nicht entgegengesprochen. Auf der einen Seite ist man zwar vorläufig recht froh darüber, wenn die Amerikaner noch geraume Zeit auf dem Kontinent bleiben, um ein Wiederaufbrechen der Unruheherde zu verhindern, und das ist wohl auch ihre Absicht; — beginnt sich aber der amerikanische Einfluß in einer Weise geltend zu machen, wie er nun gegenüber der neuen britischen Regierung geübt werden soll, so besteht die Gefahr, daß *Europa am Ende in eine weitgehende Abhängigkeit gerät*. Anzeichen dafür sind auch an anderer Stelle zu erkennen: in der *Industrie Norditaliens* wird bald amerikanisches Kapital die Bestimmung übernehmen — sehr zum Leidwesen der italienischen Kommunisten, die sich so in ihren Plänen erheblich behindert sehen! —; auch hörte man davon, daß Belgien, als Kompensation für umfangreiche Lieferungen aus den U.S.A., den *Hafen von Antwerpen* auf die Dauer von 90 Jahren an Amerika verpachten werde. Die Meldung fand sich in der «*Berner Tagwacht*» vom 22. August; im übrigen ist sie noch nicht bestätigt. Was England betrifft, so konnte man freilich aus den jüngsten Erklärungen der britischen Delegation in den Vereinigten Staaten, welche über die Kredithilfe verhandelt, entnehmen, daß sie gegenüber allzu massiven Bedingungen schließlich doch ein «non possumus» aussprechen würde, mit allen seinen für das Land selbst wie für den Welthandel schwerwiegenden Konsequenzen, und man fand damit nur bestätigt, was der neue britische Handelsminister, *Sir Stafford Cripps*, in seiner Rede vom 9. September geäußert hatte. Genug Zähigkeit ist den Engländern, die den Krieg durchgerissen haben, auch hiefür zuzutrauen.

Ein historisches Ereignis unserer Berichtsperiode war die feierliche *Kapitulation der Japaner*, die am 2. September auf dem amerikanischen Schlachtschiff «*Missouri*» unterzeichnet wurde, und damit die Verkündung des Vj-Tages, und des endgültigen Kriegsabschlusses. Interessant und auf die Dauer ebenso bedeutsam war dann die *Erklärung des Präsidenten Truman* auf der nachfolgenden Pressekonferenz vom 6. September, wonach die Vereinigten Staaten

«die Insel Okinawa als Nachkriegsstützpunkt im Pazifik behalten würden, wenn die Armee- und Flottenbehörden dies für notwendig hielten. Amerika hoffe, durch Verhandlungen *und auf anderem Wege* alle Stützpunkte zu erhalten, die für die Verteidigung der Vereinigten Staaten und die Gewährleistung der Sicherheit in der ganzen Welt erforderlich seien.»

«Und auf anderem Wege»! Als bemerkenswert ist es im übrigen anzusehen, daß bis zum Zeitpunkt dieses Berichtes die Besetzung der ehemals japanischen oder durch Japan beherrschten Territorien durch die verschiedenen Großmächte reibungslos abgewickelt werden konnte. Dies gilt einmal gegenüber den Japanern selbst, wo die *Autorität des Kaisers* die Bedingungen der Übergabe selbst entlegener Truppenteile in einer Weise gestaltete, welche die ganze Welt in höchstes Erstaunen versetzt hat, — wie jämmerlich war dagegen das Ende des Nationalsozialismus! — ein Staunen, dem sich freilich, im Hinblick auf das Dunkel der Zukunft, ein reichlich unangenehmes Mißtrauen zugesellt. Auch zwischen den Großmächten selbst ist es bislang darüber nicht zu Konflikten gekommen, und beispielsweise vollzieht sich die Besetzung Koreas durch *Russen und Amerikaner* anscheinend reibungslos. Ubriqens hat Stalin auch in der *chinesischen Frage* eine subtile Politik eingeleitet, wie bereits der Wortlaut des *russisch-chinesischen Bündnisses* erkennen ließ, soweit er, am 27. August, publiziert wurde. Diese Haltung hat sich besonders auch bestätigt in der Frage der Stellung der chinesischen Kommunisten; hier hat Rußland jene Nach-

giebigkeit gezeigt, die erfolversprechende Vermittlungsverhandlungen zwischen Tschungking und Jenan durch die Amerikaner erst ermöglichte. Allein die *Besetzung der Kurilen* durch Verbände des Marschalls Stalin wird den Amerikanern genug zu denken geben.

Die *Massenvertreibung der Deutschen* durch die Polen und die Tschechen und das dadurch bedingte Elend in Deutschland auf den Winter hin beginnt nun verschiedene Kräfte in Bewegung zu setzen, von denen man nur hoffen darf, daß sie noch rechtzeitig wenigstens einen teilweisen Erfolg erreichen. *Was nicht mehr zu vermeiden ist, das sind jene großen politischen Auswirkungen im Bereiche des ehemals deutschen Ostens, welche diese Handlungen in späterer Zeit mit Sicherheit zur Folge haben werden.* Dafür ist die Anhäufung des Hasses zu groß; man wird sie über Generationen hinaus wirken sehen. Jedenfalls ist der *tschechoslowakische Ministerpräsident Fierlinger* bei seinem kürzlichen Besuch in London nicht gerade mit Wärme empfangen worden, und eben erst hat noch der *Bürgermeister von Prag* in einer öffentlichen Rede die steigende Unruhe in England zu dämpfen versucht.

Aus dem übrigen europäischen Bereiche ist wiederum zu erwähnen das tapfere Ringen *Finnlands* um seinen neuen Frieden; neuerdings mußte es dafür gar das schwere Opfer des Gesetzes gegen die sogenannten Kriegsverbrecher bringen, während nun die Vereinigten Staaten als erste Westmacht in diplomatische Beziehungen zu dem Lande eintraten. In Norwegen ist der *Prozeß gegen Quisling* wie erwartet und sicher ebenso gerecht zu Ende gegangen. Was die stets noch offene Frage *Spaniens* betrifft, so ist General Franco weiterhin mit unbestreitbarem Geschick tätig, sich und das Land irgendwie aus der Schlinge zu ziehen; in diesem Bestreben hat er durch die Erklärung des britischen Außenministers Bevin, welche sich deutlich von jeder Einmischungspolitik distanzierte, da diese nur zum Bürgerkriege führen könnte, Unterstützung erfahren. Auch ist Spanien in der *Tangerfrage* bisher schonend behandelt worden, und Franco hat dafür rechtzeitig mit der Räumung quittiert.

Zürich, den 17. September 1945.

Jann v. Sprecher.

★ Kulturelle Umschau ★

Schauspiel in Zürich

Das Schauspielhaus hatte den an sich lobenswerten Wunsch, die erste Friedensspielzeit mit einem besonders festlichen Akkord einzuleiten und wählte dazu *Goethes* Fragment gebliebene «*Pandora*». Das hieß nach dem Schwersten greifen und ist Ausdruck ungemainen Strebens. Aber auch ein solches genügt nicht. In der Kunst heißt es *voluisse non sat*. Und so ist denn trotz mannigfacher Bemühung diese Aufführung gescheitert an unüberwindlichen und leider auch an überwindlichen Schwierigkeiten.

«*Pandora*» ist reine Wortkunst. Das heißt nicht, daß sie undramatisch wäre; aber sie legt das Gewicht nicht so sehr auf den Fortgang des Textes, sondern auf sein Insichruhn. *Pandora* ist ein Gedicht und als solches zu sprechen. Das Gedicht ist aber — im Maße seiner Vollendung — die unpopulärste aller Kunstgattungen. Wir könnten uns vorstellen, daß dieses Werk Goethes, asketisch wort-getreu in einer *Matinée* dargeboten, jenen paar Hundert Menschen in Zürich, denen Gedichte